

# „Unsinnige Attacken“

## Das Merkel-Bild in Frankreich – zwischen Lob und Kritik

Gerd Niewerth\*

» Mithilfe des Ifop-Meinungsforschungsinstitutes ließ die deutsche Botschaft in Paris das Deutschland-Bild der Franzosen erforschen. Die Umfrage brachte zutage, dass Angela Merkel in ihren Köpfen sehr präsent ist. Auf die Frage nach einem spontanen Begriff oder Gedanken zum Wort „Deutschland“ war Angela Merkel mit 20 % die zweithäufigste Nennung hinter „Ernst und Strenge“ mit 22 %. Zum Vergleich: Nur 6 % der Franzosen denken zuerst an „Nazis“ und 5 % an „Bier“.

### Opinions publiques et publiées

Les déclarations tonitruantes lancées par des représentants du parti socialiste à l'adresse de la chancelière traduisent le sentiment de la gauche française envers l'Allemagne d'Angela Merkel.

Mais cette image des intellectuels ne correspond en rien au résultat des sondages réalisés auprès des Français. 60 % des personnes interrogées déclaraient en 2012 avoir une bonne opinion de la chancelière, seuls 24 % pensaient le contraire. De même, l'image de l'Allemagne est plus positive que celle livrée par certains milieux politiques. Les éternels clichés semblent peu à peu disparaître : ils ne sont plus que 6 % à associer le voisin au régime nazi et 5 % à la bière. Pour 22 %, Merkel est associée au mot Allemagne.

Réd.

Claude Bartolone zählt zwar nicht zu den bekanntesten Politikern Frankreichs, aber als Präsident der Nationalversammlung bekleidet der Sozialist das vierthöchste Amt im Staate. Ein hoher Rang, der seinen Worten automatisch Gewicht verleiht. Wie etwa bei seinem viel beachteten Interview mit *Le Monde* Ende April 2013, in dem er scharf mit der Sparpolitik Angela Merkels abrechnet und zugleich die in sanfte Worte gekleidete Kritik sei-

nes Staatspräsidenten rügt. Hatte dieser noch von „freundschaftlichen Spannungen“ zwischen Berlin und Paris gesprochen, legt Bartolone einen Zahn zu, indem er sich freimütig zu einer Politik der „Konfrontation“ bekennt. Seine Kampfansage richtet sich gegen die bürgerlich-konservativen Regierungen Europas, deren unerbittliche Sparpolitik automatisch den Populismus in Europa fördere. Diese Sparpolitik sei nicht die Rettung der schönen europäischen Idee, vielmehr treibe sie sie in den Ruin. Sodann setzt es eine schallende Ohrfeige gegen Deutschland. Bartolone: „Nahezu 75 % der Exporte Deutschlands gehen nach Europa, 50 % allein in die Eurozone: Will Deutschland fortfahren, alle seine Kunden zu ruinieren?“ Auch wenn er ihren Namen nicht explizit nennt, alle wussten auf Anhieb gegen wen seine Kritik in erster Linie zielte: gegen Angela Merkel, die die meisten französischen Sozialisten am 22. September am liebsten abgewählt sähen.

Eigentlich sollte das Jubiläumsjahr 2013 von freundschaftlichen Gesten und Begegnungen geprägt sein. Schließlich hatten vor genau fünfzig Jahren Charles de Gaulle und Konrad Adenauer mit dem epochalen Elysée-Vertrag der deutsch-französischen Erbfeindschaft ein Ende gesetzt. Doch von Eintracht kann zwischen Berlin und Paris keine Rede sein, vielmehr stecken die deutsch-französischen Beziehungen in einer tiefen Krise, vielleicht sogar in der schwersten der Nachkriegs-

\* Gerd Niewerth ist Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) in Paris.

zeit. Wie aufgeladen die Stimmung ist, enthüllen die jüngsten persönlichen Angriffe einflussreicher linker Sozialisten gegen die deutsche Bundeskanzlerin. In einem Positionspapier für den Parteitag des *Parti Socialiste* ließen die PS-Vordenker ihrer unverhohlenen Wut auf die ihrer Meinung nach unsolidarische Europapolitik Angela Merkels freien Lauf. Die Gruppe um den Abgeordneten Jean-Christophe Cambadélis prangert darin insbesondere die „egoistische Unnachgiebigkeit“ der Kanzlerin an, die an nichts anderes denke als an „das Interesse der deutschen Sparer, den deutschen Handelsbilanzüberschuss und ihre eigene politische Zukunft“.

Den Regierungschef eines anderen Landes persönlich zu diffamieren, ja zu verletzen oder gar zum kollektiven Feindbild zu erheben, gilt als eklatanter Verstoß gegen die guten diplomatischen Sitten. Eine Grobschlächtigkeit, die von der französischen Hauptstadtspresse sogleich einhellig getadelt wurde. So hält es der Kommentator des *Figaro* für „extrem gefährlich“, nur deshalb den Streit mit Berlin zu suchen, um von eigenen Problemen abzulenken. In dem bürgerlich-konservativen Blatt hieß es weiter: „Nichts ist unverantwortlicher als Angela Merkel und die Europapolitik Deutschlands zum Sündenbock für die Schwierigkeiten zu machen, die sich in unserem Land auf türmen.“ Selbst die linke *Libération* piffte die Genossen zurück: „Was für ein gefährliches Spiel spielen die französischen Sozialisten, die bereit sind, Angela Merkel zum Sündenbock zu machen, statt vielmehr über die Politik der eigenen Regierung zu diskutieren?“ Auch der französische EU-Kommissar Michel Barnier wies die „unsinnigen französischen Attacken“ auf Angela Merkel empört zurück. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sei die Voraussetzung, um einen Ausweg aus der Krise in Europa zu finden. Barnier, in Brüssel zuständig für die Finanzmarktregulierung, sagte: „Schauen wir lieber, was in Deutschland funktioniert, statt zu kritisieren.“ Rückendeckung erfuhr Angela Merkel daheim sogar von führenden Repräsentanten der Opposition. Martin Schulz etwa, der sozialdemokratische Präsident des EU-Parlamentes, hielt die Kritik für „ungerecht“. Die Kanzlerin dürfe nicht für „alles verantwortlich“ gemacht werden, schließ-

lich säßen in Brüssel mit ihr noch weitere 26 Regierungschefs am Tisch.

Zwar bekräftigten Staatspräsident François Hollande und Premierminister Jean-Marc Ayrault demonstrativ die engen freundschaftlichen Bande zwischen Paris und Berlin, doch mit dem PS-Positionspapier verhält es sich wie mit herausgedrückter Zahnpasta: Es ist so gut wie unmöglich, sie wieder in die Tube zurückzubekommen. Bei



näherem Hinsehen stellt sich sogar heraus, dass die Kritik an Angela Merkel unter französischen Intellektuellen und Politikern weiter verbreitet ist als gemeinhin angenommen. Bereits im Spätherbst 2011 hatte der damalige linkssozialistische Präsidentschaftskandidat und heutige Industrieminister Arnaud Montebourg, ein latent germanophober Politiker, gegen Angela Merkel geätzt. In einem Interview sagte er: „Die Frage des deutschen Nationalismus kocht wieder hoch durch die Bismarcksche Politik von Madame Merkel.“ Sein Vorwurf: Ähnlich wie zu Zeiten des Eisernen Kanzlers wolle Deutschland seine internen Probleme auf Kosten seiner Nachbarn lösen. Weitaus moderater im Ton, aber ähnlich in den Argumenten tadelte selbst die konservative Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde, inzwischen Chefin des Internationalen Währungsfonds, die „egoistische“ deutsche Wirtschafts-

und Handelspolitik. Im März 2010 warf sie Berlin in einem Zeitungsinterview („*Zum Tango gehören zwei*“) vor, zu wenig für die heimische Nachfrage getan zu haben. Insbesondere kleine EU-Länder hätten deshalb unter der hohen deutschen Exportquote zu leiden. Das angesehenen Wirtschaftsmagazin *Challenge* hob Angela Merkel Ende 2011 auf die Titelseite mit der Angst einflößenden Schlagzeile „*L'Europe allemande*“. Gemeint ist die Angst vor einem muskulösen Merkel-Deutschland, das Frankreich und seinen anderen EU-Partner wirtschaftlich enteilt und politisch bevormundet.

## Keine Entgleisungen

Zwischen Berlin und Paris klafft in der europäischen Fiskal- und Finanzpolitik ein zunehmend tieferer Graben. An der Spree sehen sie sanierte Haushalte ganz in Übereinstimmung mit den Maastrichter Stabilitätskriterien als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum an, an der Seine hingegen herrscht ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber dem Merkel'schen „*Spardiktat*“. Schuldenfinanziertes Wachstum ist demnach – trotz der überaus heiklen Kassenlage – nach wie vor kein Tabu. Das Unbehagen gegenüber einem „deutschen Europa“ à la Merkel wird auch dadurch genährt, dass sich der Abstand zwischen dem Klassenprimus Deutschland und Frankreich, dem neuen kranken Mann Europas (3,2 Millionen Arbeitslose, Rekord-Handelsbilanzdefizit, Nullwachstum, Verlust der Top-Bonität) immer mehr vergrößert. Eine Entwicklung, die französische Ur-Ängste schürt, etwa die, vom wirtschaftlich übermächtigen 80-Millionen-Volk auf der anderen Rheinseite an die Wand gedrückt zu werden.

Wie miserabel die Stimmung der Franzosen ist, belegt eine aktuelle Europa-Umfrage des in Washington ansässigen *Pew Research Center*. Danach beurteilen inzwischen 91 % die wirtschaftliche Lage des Landes als schlecht: ein Zuwachs von zehn Prozentpunkten gegenüber 2012. Das erschreckende Fazit des US-*Think-Tanks*: „*Kein Land in Europa desillusioniert sich schneller als Frankreich*.“ Ein Kapitel der Umfrage trägt den Titel: „*Frankreich im freien Fall*“. So überrascht es nicht, dass 67 % der Meinung sind, dass ihr

Staatspräsident François Hollande einen miserablen Job macht und den wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht gewachsen ist. Zum Vergleich: Unter seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy lag dieser Wert noch um 24 Prozentpunkte niedriger.

Zu schlimmen Entgleisungen wie in Griechenland, wo Angela Merkel mit Hitlerbärtchen und Hakenkreuz-Armbinde karikiert wird, ist es in Frankreich bei allen germanophoben Ausschlägen nicht gekommen. Und die Wahrscheinlichkeit, dass es doch noch passieren wird, ist trotz aller vorherrschenden Vorbehalte äußerst gering. Hinzu kommt: In der französischen Bevölkerung erfreut sich die deutsche Kanzlerin laut PEW-Studie anhaltend großer Beliebtheit. Während ihre Sympathiewerte in Krisenländern wie Spanien und Italien im Vergleich zum Vorjahr stark rückläufig sind, finden 73 % der Franzosen, dass Angela Merkel in der EU-Finanzkrise einen guten Job erledigt. Ein Wert, der übrigens nur von den Deutschen (74 %) übertroffen wird. Zum Vergleich: Von ihrem eigenen Präsidenten behaupten dies nur 33 % der Franzosen. Würde sich eine Politikerin wie Angela Merkel ums höchste Staatsamt bewerben, hätten sie wahrscheinlich sehr gute Chancen zu gewinnen.

Bemerkenswert ist die gravierende Diskrepanz, die in Frankreich in Sachen Sparpolitik zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerung vorherrscht. Laut PEW-Studie sprechen sich 81 % der Franzosen dafür aus, die öffentlichen Ausgaben zu senken, um damit die Schuldenlast zu mindern. Gleichzeitig wollen nur 18 % höhere Staatsausgaben, um damit das wirtschaftliche Wachstum zu stimulieren. Überraschend deutliche Werte, die Angela Merkel als überwältigende Zustimmung zu ihrem eigenen Sparkurs und zugleich als schroffe Ablehnung der schuldenfinanzierten Wachstums-Philosophie der französischen Regierungssozialisten auslegen darf.

Eine *Infratest-Dimap*-Umfrage von Anfang 2012 bei über tausend wahlberechtigten Franzosen bestätigt die große Beliebtheit Angela Merkels. 60 % der Befragten gaben an, eine gute bzw. eine sehr gute Meinung von der deutschen Kanzlerin zu haben. Nur 24 % hatten eine schlechte bzw. sehr schlechte Meinung von ihr.